

neue. praxis

Zeitschrift für
Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik

Sonderheft 9

Christof Beckmann • Hans-Uwe Otto • Martina Richter
Mark Schrödter (Hrsg.)

Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe

www.verlag-neue-praxis.de

verlag | neue.
praxis

np
Sonderheft

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

Alle Rechte vorbehalten

© 2009 Verlag neue praxis GmbH, Lahnstein

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Mediendesign Ute C. Renda-Becker, Lahnstein.

Druck: Rewi Druckhaus, Wissen/Sieg

Printed in Germany, Februar 2009

Inhalt

I. Einführung

- Martina Richter/Christof Beckmann/Hans-Uwe Otto /Mark Schrödter*
Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe 1

II. Neue Familialität und postwohlfahrtsstaatliche Transformation

- Hans Bertram*
Zur Zukunft der Familie. Von der neolokalen Gattenfamilie zur multilokalen
Mehrgenerationenfamilie 15

- Andreas Lange/Christian Alt*
Die (un-) heimliche Renaissance von Familie im 21. Jahrhundert. Familienrhetorik
versus »doing family« 31

- Margrit Brückner*
Die Sorge um die Familie – Care im Kontext Sozialer Arbeit und öffentlicher Wohlfahrt 39

- Ursula Aplitzsch*
Kinder und Jugendliche in Migrantenfamilien – Chancen(los) in der zweiten Generation? 48

- Karl August Chassé*
Wenn Kinder die »falsche« Familie haben – Soziale Arbeit und die »Neue Unterschicht« 59

- Jutta Hartmann*
Familie weiter denken – Perspektiven vielfältiger Lebensweisen für eine
diversity-orientierte Theorie und Praxis Sozialer Arbeit 65

III. Geteilte Zuständigkeiten: Familienalltag und öffentliche Erziehung

- Heinz Hengst*
Kindheit, Familien, Lernwelten 76

- Heinz Sünker/Rita Braches-Chyrek*
Bildung, Bildungsapartheid und Kinderrechte 86

- Ludwig Liegle*
Müssen Eltern erzogen werden? 100

- Vera Müncher/Sabine Andresen*
Bedarfsorientierung in Familienzentren – Eltern als »neue« Adressaten 108

- Peter Büchner*
Familien bilden – aber bilden Familien immer »richtig«? Zur Notwendigkeit einer
familienunterstützenden Bildungspolitik 119

IV. Elterliche Verantwortung und Kindeswohl in der Jugendhilfe*Maria Kurz-Adam*

Institutionen der Verletzlichkeit: Jugendhilfe im Spannungsfeld von Hilfe und Kontrolle für Familien 131

Nina Oelkers

Aktivierung von Elternverantwortung im Kontext der Kindeswohldebatte 139

Gregor Hensen/Reinhold Schone

Familie als Risiko? Zur funktionalen Kategorisierung von »Risikofamilien« in der Jugendhilfe 149

Sandra Fendrich/Jens Pothmann

Gefährdungslagen für Kleinkinder in der Familie und die Handlungsmöglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe im Spiegel der Statistik 160

V. Professionelles Handeln in der Familienhilfe*Elisabeth Helming*

Ausdifferenzierung von aufsuchenden familienunterstützenden Hilfen 171

Nicole Knuth/Kim-Patrick Sabla/Uwe Uhlendorff

Das Familienkonzeptmodell: Perspektiven für eine sozialpädagogisch fokussierte Familienforschung und -diagnostik 181

*Christof Beckmann/Katja Maar/Hans-Uwe Otto/Andreas Schaarschuch/
Mark Schrödter*

Burnout als Folge restringierender Arbeitsbedingungen? Ergebnisse einer Studie aus der Sozialpädagogischen Familienhilfe 194

Martina Richter/Christof Beckmann/Hans-Uwe Otto /Mark Schrödter

Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe

I. Die »Ver-Öffentlichung« des Familialen

Fragen des privaten Lebens werden zunehmend zum Gegenstand öffentlicher Diskurse, medialer Inszenierungen und politischer Steuerungsversuche. So rücken Diskussionen um den »richtigen« Umgang mit Kindern und die elterlichen Erziehungskompetenzen aktuell in eine aufgeregte Öffentlichkeit, die vor dem Hintergrund extremer Fälle von Kindesmisshandlung kontrovers geführt werden und die in diesem Problembereich die Entwicklung und Gestaltung der Kinder- und Jugendhilfe wesentlich (mit)bestimmen (vgl. Jurczyk/Oechsle, 2008; s. auch Mierendorff/Olk, 2008).

Gegenwärtig zeigt sich, dass gerade diese »öffentliche, politische und mediale Aufmerksamkeit für zu Tode gekommene, misshandelte und gequälte Kinder den Hintergrund für Veränderungen des Kinderschutzes (bildet, d. V.), der tendenziell elterliche Rechte stärker begrenzt zu Gunsten staatlicher Supervisions- und Eingriffsrechte« (Chassé, 2008: 72). Das Reklamieren eines stärkeren disziplinierenden und kontrollierenden Zugriffs öffentlicher Erziehung begründet sich über eine Gruppe vorgeblich »gemeinwohlinkompatibler« Eltern, die »wegen ihrer Selbstbezogenheit und ihrer abweichenden kulturellen Einbindung« (ebd.) ihren Kindern nicht das zukommen lassen, was diese brauchen. Diese Eltern entzögen sich ihrer Erziehungsverantwortung und seien daher einer öffentlichen »Verantwortlichung« (Heidbrink, 2003: 23) zu unterwerfen, das heißt einer Aktivierung durch Vorgaben wie bspw. verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen. Einer zunehmenden Prekarisierung gerade von Lebensformen mit Kindern wird innerhalb dieses öffentlichen Diskurses um elterliche Verantwortung – verstanden damit als in erster Linie »privatisierter« Verantwortungs- und Aufgabenzuschreibung – wenig Rechnung getragen (vgl. Chassé, 2008; Oelkers, 2008; Smessaert/Münder, 2008). Mit einer stärkeren »Ver-Öffentlichung« privater Zusammenhänge werden Einblicke in strapazierende familiäre Lebensarrangements gewährt, die einen stärkeren amtlichen Zugriff auf Familie legitimieren und damit zugleich Verschiebungen im Verhältnis von öffentlicher und privater Sphäre aufzeigen bzw. dieses mit Blick auf Zuständigkeiten normativ reformulieren.

Mit der Einführung der neuen Elternzeit und den damit verbundenen so genannten »Vätermonaten« entwickelt sich zeitgleich eine Debatte um die Frage nach den Möglichkeiten politischer Steuerbarkeit der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern in der familialen »Privatsphäre«. Aber auch an den Diskussionen um den demographischen Wandel zeigt sich, dass vermeintlich private Entscheidungen, wie die Geburt eines Kindes, an voraussetzungsvolle, gesellschaftliche Bedingungen in besonderer Weise gekoppelt sind und demzufolge auch einer politischen Regulierung unterliegen (vgl. Jurczyk/Oechsle, 2008; siehe auch Bertram, 2006), denn auch »die Privatheit von Familie (ist, d. V.) Produkt sozialer Regulierung« (Lessenich, 2003: 84).

Mit einer offensichtlich stärkeren Thematisierung, Problematisierung, Politisierung und damit »Ver-Öffentlichung« verliert das Private damit gegenwärtig vermehrt »den Nimbus seiner scheinbaren Natürlichkeit« (Jurczyk/Oechsle, 2008: 8). Diese Vorstellung des »natürlich Gegebenen« haftet Familialität seit dem Entstehen der bürgerlichen Gesellschaft im 19. Jahrhundert an. In diesem Zeitraum wird auch die Trennung in eine Sphäre des Privaten in Abgrenzung zu der des Öffentlichen und der Erwerbsarbeit und damit eine Gegenüberstellung von Familie und Gesellschaft sichtbar(er), die bis in die Gegenwart als wirkmächtige Grenzziehung von »öffentlich/

privat« und damit auch von Familie und öffentlicher Erziehung vorgenommen wird (vgl. Opitz, 2005; Ecarius/Groppe/Malmede, 2009). Diese Grenzziehung wirkt zugleich auch als geschlechtlich markierte Trennlinie, da mit ihr Frauen zunehmend aus der öffentlichen Sphäre herausdefiniert und einer vorgeblich unveränderlichen Privatheit von Familie zugewiesen, während Männer einer dynamischen, historiographisch relevanten öffentlichen Sphäre zugeschrieben werden. An dieser ideologisierten Gegenüberstellung von Arbeitswelt und Familienleben und der daran geknüpften Konzipierung von »Geschlecht« kommen »interessenbehaftete Interpretationen einer historischen Wirklichkeit« (Opitz, 2005: 172) zum Ausdruck, die vor allem durch die historische Familienforschung und neuere interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung auch in ihrer Herrschaftsförmigkeit dechiffriert wurden. Gezeigt werden konnte im Kontext dieser Forschungstraditionen, dass zu keinem konkreten Zeitpunkt von einer strikten Grenzziehung zwischen öffentlicher und privater Sphäre auszugehen ist, d.h. eine Trennung keineswegs als konzeptionell vollständig vollzogen gelten kann (vgl. auch Hausen, 1977; Nowak, 2002; Lessenich, 2003; Jurczyk/Oechsle, 2008). Trotz dieser Analysen und Erkenntnisse, die die Durchlässigkeit von öffentlicher und privater Sphäre dokumentieren, zeigt sich derzeit die Gefahr einer Reproduktion zeitgenössischer Zuschreibungen des »Öffentlichen« und des »Privaten« und damit einer Reifizierung von Strukturen (vgl. Opitz, 2005), die zugleich einhergehen mit neuen Formen einer »Verantwortlichung«. Es etablieren sich Grenzverschiebungen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, die im Kontext sozialer und kultureller Transformationen einer Post-Wohlfahrtsstaatlichkeit neue Formen der Familialität produzieren und diese mit Blick auf private bzw. privatisierte und öffentliche »Verantwortlichkeitssphären«, die zugleich auch die Jugendhilfe in ihrer Orientierung betreffen (vgl. Oelkers, 2009; zur »Post-Wohlfahrtsstaatlichkeit« siehe auch Kessl/Otto, 2009). Hans Bertram (2006) stellt – vor dem Hintergrund des 7. Familienberichts – heraus, dass gerade diese »unerwartbaren Abstimmungsprozesse zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, zwischen Kindern und ihren Eltern, zwischen Geschlechtern und Generationen« (ebd.: 8) als wesentliche Herausforderung zukünftiger sozial- und familienpolitischer Programme und Unterstützungsstrukturen zu begreifen sind (vgl. auch BMFSFJ, 2005a).

II. Re-Familialisierung im Kontext post-wohlfahrtsstaatlicher Transformationen

Im Zusammenhang mit der These nach einer »neuen Familialität« steht die gegenwärtig zu beobachtende Re-Formulierung sozialstaatlicher Unterstützungsstrukturen im Zuge post-wohlfahrtsstaatlicher Transformationsprozesse und die damit verbundene stärkere Überantwortung von sozialen Risiken an familiäre und auch andere informelle Netzwerke, die sich auch als Form der Re-Familialisierung des Sozialen beschreiben lassen (vgl. Sauer, 2008; Richter, 2008). Mit dieser Überantwortung von sozialen Risiken an den einzelnen ist jedoch keineswegs ein Rückzug des Staates und mithin eine Reduktion staatlicher Macht zu verstehen. Vielmehr zeigt sich eine »Transformation des Politischen« (Lemke/Krasmann/Bröckling, 2000: 26), die in der Konsequenz eben zu den bereits skizzierten Veränderungen und Verschiebungen des Verhältnisses von öffentlicher und privater Sphäre führen und als modifizierte Form der Aufgabendelegation zwischen Staat und Familien gefasst werden können (vgl. hierzu auch Böllert, 2008).

Die zunehmende Brüchigkeit wohlfahrtsstaatlicher Hilfs- und Unterstützungsleistungen führt gegenwärtig zu einer Verschiebung gesellschaftlicher Anforderungen ins Private bzw. Informelle gegenüber einer auf rechtlichen Ansprüchen basierenden Sozialstruktur. Im Hinblick auf die Reproduktion der Arbeitskraft, die zuvor durch wohlfahrtsstaatliche Leistungen teilweise dekommodifiziert wurde, lässt sich im internationalen Maßstab eine zunehmende Rekommodifizierung, also ein verstärkter Zwang der Arbeitenden, die eigene Arbeitskraft ohne wohlfahrts-

staatliche Absicherung auf dem Markt anzubieten, feststellen (vgl. Gilbert, 1999; Stern, 1998). In der Konsequenz zeigt sich, dass damit für bestimmte Teile der Bevölkerung, die entsprechende Dienstleistungen nicht auf dem Markt einkaufen können, die Kompensation sozialer Risiken (Arbeitslosigkeit, Krankheit etc.) unausgesprochen wieder stärker zu einer Aufgabe familialer Alltagspraxis wird. Offensichtlich münden die Ende des 18. Jahrhunderts mit der Etablierung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen verbundenen Prozesse einer so genannten »Defamilialisierung«, verstanden als »Abbau familialer und gemeinschaftlicher Abhängigkeiten und Zwänge« (Ullrich, 2005: 109), zunehmend in einem Prozess gesellschaftlicher Re-Familialisierung und auch Re-Genderisierung (vgl. Heite, 2009). Die aus sozialstruktureller Benachteiligung resultierenden klassen- und geschlechtsspezifischen Zumutungen werden also unter neuen Vorzeichen (wieder) vermehrt zum Privatproblem erklärt. Damit findet nicht zuletzt ein früherer und auch stärkerer Rückgriff auf Familien statt (vgl. Rosenbaum/Timm, 2008).

Die – stark politisch induzierte – Re-Formulierung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, die die »Lebensgestaltungsverantwortung« (vgl. Kessl, 2006) zunehmend privatisiert und individualisiert, betrifft familiäre Lebensformen mit Kindern in besonderem Maße, da diese von sozialen Risiken im Kontext eines »fortgeschrittenen Kapitalismus« am stärksten betroffen sind. Zumal Kinder per se als potenzielles Armutsrisiko für Familien begriffen werden müssen (vgl. Holz, 2006; Bertram, 2008).

Im Vergleich zum traditionellen Wohlfahrtsstaat versucht also der »Steuerungsstaat« oder auch »Aktivierende Staat« im Kontext post-wohlfahrtsstaatlicher Transformationsprozesse die »Regierbarkeit im Sinne einer neuen Welfare Governance wiederherzustellen und die Steuerungsleistung des Staates dadurch zu erhöhen, dass er politische Orientierungen und Zieldefinitionen – zum Beispiel in Form von politischen Programmen – vorgibt, die Ausführung jedoch an individuelle und kollektive Subjekte delegiert. Im »Steuerungsstaat« werden demnach politische Steuerung und gesellschaftliche Selbstregelung in einer neuen Weise kombiniert« (Oelkers, 2009: 73). Dies schließt eine Abkehr von wohlfahrtsstaatlichen Gleichheitsvorstellungen mit ein und führt schließlich zu einer verstärkten »Privatisierung, sozialen Hierarchisierung, Spaltung und Konkurrenzmobilisierung« (Hirsch, 2001: 189; vgl. auch Hirsch, 2005: 154).

Insgesamt ist in diesem Zusammenhang festzustellen, dass damit soziale Risiken stärker an familiäre und andere informelle Netzwerke verschoben werden, wovon insbesondere sozialstrukturell benachteiligte Familien betroffen sind, da ihnen zumeist nicht die Ressourcen zur Verfügung stehen, diesen Risiken kompensatorisch zu begegnen. Prozesse einer Re-Privatisierung und Re-Familialisierung zeigen sich damit insbesondere auch in der Care-Arbeit, die vor allem auf die zunehmende Deregulierung von Erwerbsarbeit zurückzuführen sind. Die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt verläuft – so etwa Birgit Sauer – parallel mit dem Rückzug des Sozialstaates aus spezifischen Versorgungsbereichen. »Privatisierung von Care-Arbeit heißt sowohl Refamilialisierung wie auch Vermarktlichung bzw. Kommodifizierung« (Sauer, 2008: 243). »Die ›Begrenzung‹ des Wohlfahrtsstaates, sprich sein Um- bzw. Abbau, hat mithin eine Redefinition der Privatheit von Frauen zur Folge, was sie als Sphäre der Selbstbestimmung prekarisiert, wie nicht zuletzt der demographische Diskursdruck deutlich macht« (ebd.:243). Gerade der gegenwärtigen Debatte um den demographischen Wandel bzw. um eine »schrumpfende Gesellschaft« kann in diesem Zusammenhang eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit mit entsprechender Diskursmacht bescheinigt werden, die demographische Entwicklungen als »Sachzwänge« verhandelt und zur Legitimierung politischer – zumeist neoliberaler bzw. neosozialer – Reformbestrebungen heranzieht (vgl. hierzu auch Lessenich, 2003; Pühl 2003). Diese »Demographisierung gesellschaftlicher Probleme« (Berger/Kahlert, 2006: 10) und damit verbundene politische Aufmerksamkeitsverlagerung ziehen Verschiebungen – wenn nicht gar Paradigmenwechsel nach sich, »hin zu einer ›neuen‹ Familien- oder sogar zu einer expliziten Bevölkerungspolitik« (ebd.), die auch gerade die Frage nach nationalstaatlicher Zugehörigkeit in den Vordergrund rücken. Demgegenüber werden »Geschlechter- und Betreuungsregime«, verstanden als ein Gefüge aus institutionell-

strukturellen Bedingungen und kulturell-symbolischen Geschlechterleitbildern und -normen, in ihrer Widersprüchlichkeit gegenwärtig nur unzureichend politisch bearbeitet (vgl. Dackweiler, 2006). Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob die neuen Regulationsmuster im Kontext post-wohlfahrtsstaatlicher Transformationen eine bspw. auf Gleichstellung zielende Geschlechterpolitik in den Blick nehmen? Denn es deutet vieles darauf hin, dass der starke Fokus auf Familienpolitik angrenzende Politikfelder und die damit verbundenen Akteursperspektiven z.B. von älteren Kindern und Jugendlichen in erster Linie zu subsumieren versucht. So ist mit einer Konzentration auf familienpolitische Fragestellungen nicht per se eine Kinder- und Jugendpolitik verknüpft, von der Heranwachsende profitieren (vgl. Andresen, 2009), da bspw. Ressourcen weniger in diese Handlungsfelder und entsprechende Projekte fließen. Aber auch frauenpolitische Belange geraten aktuell stärker an den Rand politischer Auseinandersetzung, so bleibt bspw. »Gender« als Kategorie sozialer Ungleichheit zunehmend unterbelichtet (vgl. Böllert/Oelkers, 2009).

III. Pluralisierung und Hierarchisierung familialer Lebensformen

Seit den späten 1970er Jahren des 20. Jahrhunderts wird ein Diskurs um eine Pluralisierung familialer Lebensformen geführt (vgl. Beck, 1983; Peukert, 2005; Lange/Lettke, 2007). Der Begriff der »Pluralisierung« bezeichnet dabei nicht lediglich eine vermehrte Ausdifferenzierung familialer Lebensformen, vielmehr steht er im Zusammenhang mit der nicht unstrittigen Annahme einer zunehmenden Autonomie der Individuen in der Wahl ihrer Lebensführungsweisen (vgl. Beck, 1983; Ebers, 1995; Leisering, 1997; Seelmeyer, 2008).

Dieser Pluralisierungsdiskurs leistet durchaus einen Beitrag dazu, dass gesellschaftliche Normierungen der Lebensführung stärker hinterfragt werden, mit ihm ist »aber nicht per se eine Normen und Geschlechterdichotomie überwindende Dynamik« (Hartmann, 2002: 51) verknüpft. Aktuelle Familiendiskurse sind vielmehr nach wie vor durchzogen von heteronormativen Annahmen, wonach das Modell der »modernen bürgerlichen Kleinfamilie« als »Messlatte« und Normalentwurf akzentuiert und damit auch heterosexuelle Paarbildung selbstverständlich weiterhin als »natürlicher« Ursprung und unveränderliche Grundlage familialer Lebenskonzepte begriffen wird. Mit dem Begriff der Heteronormativität wird im Kontext queer- und gendertheoretischer Ansätze Heterosexualität als Machtverhältnis reflektiert, das gesellschaftliche und kulturelle Bereiche und damit auch die Subjekte selbst durchdringt (vgl., ebd.). Auch wenn der Pluralisierungsdiskurs zum Überschreiten und auch Dynamisieren vorherrschender Normierungen, Kategorisierungen und Grenzziehungen hegemonialer Deutungsmuster beitragen kann, sind Differenzierungsprozesse zugleich als machtvolle Hierarchisierungsprozesse zu begreifen, die zumeist mit gesellschaftlichen und kulturellen Zuschreibungsprozessen verbunden sind (vgl. Hartmann, 2002; s. auch Walgenbach, et al. 2007). Familiäre Lebenskonzepte unterliegen also einer unterschiedlichen gesellschaftlichen Bewertung, die ein alternatives »So oder So« der Lebensführung nicht selten in ein hierarchisiertes »besser oder schlechter« transferieren (vgl. auch Klein/Landhäuser/Ziegler, 2005). Diese kulturelle Besser- bzw. Schlechterstellung verschiedener familialer Lebensformen zeigt sich bspw. an ihren materiell benachteiligten Existenzweisen und den damit verbundenen »regulierten Handlungsfreiheiten«, die zu Belastungen des Familienalltags bis hin zu einem Scheitern biographischer Projekte führen können (z.B. »vollständige« Familienformen vs. Einelternfamilien) (vgl. auch Hartmann, et al. 2007). Aktuell zeigt sich die Wirkmächtigkeit kultureller Zuschreibungs- und Klassifizierungspraxen besonders deutlich in der Debatte um die so genannte »neue Unterschicht« (vgl. Klein/Landhäuser/Ziegler, 2005; Heite, et al. 2007).

Angesichts der hegemonialen Norm der »vollständigen« Kleinfamilie sehen sich bspw. Einelternfamilien gesellschaftlichen Stigmatisierungsprozessen gegenüber, die sie als defizitär klassifizieren

und die sich zudem in sozialer Benachteiligung strukturell materialisieren. Die »Kosten« einer »nicht-vollständigen« Familienkonstellation und die damit häufig verbundene gesellschaftliche und symbolische Schlechterstellung werden ihren Mitgliedern individuell überantwortet, mit dem Verweis auf die vermeintlich freie Wahl von Lebensweisen »jenseits von Stand und Klasse«. Faktisch öffnet sich »das Reich der Freiheit« allerdings in erster Linie für bestimmte privilegierte Bevölkerungsgruppen in der Gesellschaft (vgl. ebd.).

IV. (De)Privilegierung familiärer Bildung

Mit den Ergebnissen internationaler Vergleichsuntersuchungen (z.B. PISA), die darauf verweisen, dass in Deutschland die soziale Herkunft sehr viel mehr als in anderen Ländern über Bildungsmöglichkeiten und -zugänge von Kindern entscheidet, dynamisiert sich eine Debatte um Familie als Bildungsort für Kinder. Familien geraten in diesem Zusammenhang als Ort des Aufwachsens in ihren heterogenen Ausprägungen und Formen verstärkt in den Blickpunkt (vgl. BMFSFJ, 1994; BMFSFJ, 2005b; Wissenschaftlicher Beitrag für Familienfragen, 2005, 2006; Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2008).

Familiale Bildungsleistungen und -möglichkeiten stünden allerdings in einem anderen gesellschaftlichen Licht »wenn man nicht länger von der Familie als relativ geschlossener Einheit mit entsprechend rückbeziehbaren Bildungsfunktionen« (Böhnisch, 2005: 288) ausginge, was oftmals in aktuellen familienpolitischen, aber auch -wissenschaftlichen Diskursen dazu führt, dass die »Wirkungsdimension der Bildungskraft der Familie ideologisch überzogen« (ebd.: 286) diskutiert wird. Kennzeichnend für die vorherrschende Bildungs- und Familiendebatte ist demnach, dass sie die Bedeutung sozialstruktureller Voraussetzungen für die Etablierung famililaler Bildungs- und Lernmöglichkeiten in ihrer Wirkmächtigkeit verkennt oder sogar ignoriert (vgl. Richter, 2008). Denn gesellschaftliche Transformationslinien, wie sie sich aktuell im Kontext post-wohlfahrtsstaatlicher Entwicklungen zeigen, materialisieren sich in Familien, repräsentieren sich individuell in gelebten alltäglichen Praktiken und prägen daher »die Ordnung der Familie« (vgl. Donzelot, 1979). Familien zeigen sich also keineswegs als »hermetisch verschlossene«, sondern vielmehr als hybride Gebilde, die sich erst unter den »historisch gegebenen sozialen und kulturellen Verhältnissen« (Winkler, 2002: 37) konkretisieren (können) (vgl. dazu auch Karsten/Otto, 1987).

Wissen und Fähigkeiten werden in Form alltäglicher Vermittlungsprozesse in generationalen Zusammenhängen an Kinder weitergegeben (vgl. z.B. Büchner/Brake, 2006), d.h. familiäre Lebensarrangements sind als Transmissionsriemen zu begreifen, über die sich Privilegierung aber auch De-Privilegierung perpetuieren können: »Class and stratification analysts have long argued that the family has a major role in determining the location of individuals within the »class structure«. Family relationships do not in and of themselves create classes and class relationships, but they play the major role in reproducing them and the family is the major transmission belt of social advantage and disadvantage« (Crompton, 2005: 5).

Eine Überbetonung kultureller Dimensionen bei der Rekonstruktion der Reproduktionsmechanismen sozialer Ungleichheit veranlasste Nancy Fraser (2000) zu der Rede von einem »Vulgar Culturalism« zu sprechen, bei dem, so Crompton, »material factors are disregarded and inequalities are seen as being largely a consequence of misrecognised or devalued »identities«« (Crompton, 2005: 8). Cromptons Kritik ist im Kontext einer mittlerweile auch im deutschsprachigen Raum etablierten Debatte um eine »Kultur der Armut« zu verorten (vgl. hierzu Kessl/Reutlinger/Ziegler, 2006). Im Sinne einer individualisierenden Problemzuschreibung wird die »Leistungsfähigkeit« mit Blick auf kindliche Bildung von Familien in prekären Lebenslagen als defizitär klassifiziert und die Konsequenzen beschränkter Bildungszugänge, Lebenschancen und Machtpotentiale werden ihren Mitgliedern individuell überantwortet. Dies kann sich auf

die Kinder, die in diesen sozialstrukturell benachteiligten familialen Lebenswelten aufwachsen, auswirken: Ihre Lebenswelten sind nicht selten gekennzeichnet durch eine Verengung der Sozial- und Erfahrungsräume und durch geringere Chancen und Möglichkeitsräume für die Entwicklung von Interessen und Begabungen. Es zeigen sich in entsprechenden Familienkonstellationen nicht selten benachteiligte Entwicklungsbedingungen aufgrund von unzureichenden materiellen Ressourcen, die den Familienmitgliedern zu Verfügung stehen. Unter diesen Umständen wachsen die entsprechenden Kinder oftmals in einem weniger anregenden Klima auf (vgl. Chassé/Zander/Rasch, 2005; Holz, 2006; Bock, 2009). Solche vorenthaltenen Bildungszugänge und -teilhabemöglichkeiten sind – und darauf verweisen klassen- und milieutheoretische Rekonstruktionen – als unterschiedliche Verfügbarkeit über »verwertbare« Formen sozialen und kulturellen Kapitals zu begreifen. Eltern aus sozial benachteiligten Milieus vermitteln im Vergleich zu Erziehenden mit einem höheren Sozial- und Bildungsstatus keineswegs notwendig »defizitäre« oder aber weniger komplexe Wissensformen und Einstellungsmuster. Vielmehr sind diese in der Regel unterschiedlich anschlussfähig an die vorherrschenden Logiken und Anforderungen schulischer Bildungsinstitutionen, »die über ein Monopol der Bestimmungsmacht darüber verfügen, welche Wissensformen und Alltagspraktiken als Bildung gelten können und welche nicht« (Bittlingmayer/Bauer/Ziegler, 2005: 16; s. auch Büchner, 2008; Ecarius/Wahl, 2009).

Die neuere sozialwissenschaftliche Forschung hat Mechanismen sozialer (Bildungs-) Ungleichheit empirisch rekonstruiert und Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur, Familie und den Zugängen zu Bildung aufgezeigt. US-amerikanische Studien zeigen bspw. wie elterliche Erfahrungen mit institutionalisierten Settings und die Antizipation eigener Einflussmöglichkeiten ihre Herangehensweise bestimmen. Während Eltern mittlerer und höherer sozialer Klassen eher mit einem »Berechtigungssinn« ihren Umgang mit Institutionen und Professionellen im Sinne eines Anspruchs auf Unterstützung und Gewährung ihres Anliegens angehen, erleben Eltern niedrigerer sozialer Klassen institutionelle Settings oftmals mit einem »Beschränkungssinn«, das heißt als Zwang und sich selbst als relativ ohnmächtig (vgl. Lareau, 2003; s. auch Heite et al., 2007). Eltern, die sich selbst als eher ohnmächtig erleben, artikulieren seltener Probleme oder Ansprüche gegenüber Professionellen. Heite et al. (2007) verweisen in diesem Zusammenhang auf die hohe Bedeutsamkeit von Beschämung subdominanter Akteure, da die »(wahrgenommene) Unterlegenheit im Feld der Lebensführung, vermittelt über das (...) weitgehend unterschätzte Moment der sozialen Scham eine zentrale Dimension bei der symbolischen Reproduktion sozialer Ungleichheit« (Heite et al., 2007: 67; s. auch Neckel, 2008) darstellt. Insofern beeinflussen unterschiedliche Erfahrungen mit einem »Beschränkungssinn« beziehungsweise einem »Berechtigungssinn« auch die Nutzung beziehungsweise Nichtnutzung von wohlfahrtsstaatlichen und bildungsbezogenen Leistungen sowie von Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Angesichts dieser empirischen Erkenntnisse erscheint also die sowohl in Massenmedien, als auch in den politischen und teilweise wissenschaftlichen Diskursen durchgeführte Vernachlässigung der strukturellen Kontexte familialer Lebensformen fahrlässig. Es darf künftig weder darum gehen, Familien in ihren Sozialräumen gleichsam einzuschließen (vgl. Kessl/Otto/Ziegler, 2002), noch sie paternalistisch aktivieren zu wollen (vgl. Dahme/Wohlfahrt, 2005) oder aber sie mit »small mercies« (O’Neill, 1995: 142) »abzuspeisen«. Vielmehr sind über eine Bereitstellung einer Infrastruktur sozialer Dienstleistungen Gelegenheiten zu schaffen, die es auch Kindern aus Familien unterer sozialer Klassen ermöglicht, ihren Entwurf eines »guten Lebens« zu verwirklichen und sich die dafür notwendigen Befähigungen anzueignen (vgl. Schrödter, 2007; Oelkers/Schrödter, 2008; Ziegler, 2008). Erst auf der Basis einer gerechtigkeits-theoretischen Reflexion über das Verhältnis von gesellschaftlichen Möglichkeiten und individuellen Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen in der gegenwärtigen Gesellschaft lassen sich für die Kinder- und Jugendhilfe Eckpunkte von Handlungskonzepten entwickeln, die sowohl einer wohlmeinenden Vereinnah-

mung der Familien entgegen, als auch einer aktivierungspädagogischen Rhetorik und Praxis kritisch-reflexiv begegnen, in der den Familien ihre Exklusion als moralisches Versagen oder kulturelle Inferiorität zur Last gelegt wird.

V. Perspektiven der Jugendhilfe als soziale Akteurin

Resümierend lassen sich im Kontext gegenwärtiger post-wohlfahrtsstaatlicher Transformationsprozesse Politiken einer neuen Familialität identifizieren, die die Voraussetzungen für das Handeln der Jugendhilfe sowie ihre Konfiguration (mit)bestimmen. Diese Familialitäts-Politiken bereiten ein gesellschaftliches Feld, das sowohl die Jugendhilfe prägt als auch die an die Jugendhilfe gestellten Anforderungen und Problemstellungen dynamisiert. Innerhalb dieses Feldes ist die Jugendhilfe zugleich auch als soziale Akteurin und damit als (Mit)Gestalterin zu begreifen, die keineswegs »sprachlos«, sondern mit gesellschaftlicher »Thematisierungsmacht« in Bezug auf soziale Probleme ausgestattet ist (vgl. Kessl/Maurer, 2005; Maurer, 2006). Diese »Thematisierungsmacht« sozialer Dienste ist in ihrer Ausgestaltung innerhalb sozialpädagogischer Arbeitsansätze und Alltagspraxen nicht frei von Ambivalenzen, denn die Jugendhilfe findet sich gegenwärtig »in einer paradoxalen Situation ihrer gleichzeitigen Marginalisierung und weitreichenden Anerkennung wieder« (Kessl/Otto, 2004: 450). Sie wird im Zuge einer gegenwärtigen neosozialen bzw. neoliberalen Reformulierung sozialstaatlicher Unterstützungsstrukturen in ihrer Bedeutung als gesellschaftliche Integrationsinstanz vermehrt in Frage gestellt, da sich diese Integration »primär als sektorale, nähräumliche Inklusion realisiert (Familie, Quartier, milieuspezifische Sicherungssysteme)« (ebd.) bzw. realisieren soll. Familien werden vermehrt dazu veranlasst, eigenverantwortlich und »privatisiert« soziale Risiken zu bearbeiten. Damit wird verstärkt eine »Selber-Schuld-Mentalität« etabliert, die vor dem Hintergrund eines Rückbaus von sozialen Unterstützungsstrukturen prekarisierende Wirkungen gerade auch auf Lebensarrangements mit Kindern nach sich zieht (vgl. Oelkers, 2009). Mit einer Konjunktur dieser Eigenverantwortungsprogramme im sozialen Sektor besteht die Gefahr, dass Jugendhilfe vermehrt auch als Aktivierungs- und Disziplinierungsinstanz im Kontext der »Produktion« des Sozialen genutzt wird (vgl. ebd.; s. auch Chassé, 2008). Es steht zu befürchten, dass, bei unkritischer oder gar »vorausseilender« Anpassungsbereitschaft, Jugendhilfe zu einem »Anhängsel« programmatischer Aktivierungsansätze werden könnte (insbesondere gegenüber ressourcenarmen Familien). Sie erhielte damit eine zweifelhafte, kontrafaktische Anerkennung ihrer sozialpädagogischen Handlungslogiken und dies würde eine Vernutzung der eigenen professionellen Handlungskompetenzen bedeuten (vgl. auch Kessl/Otto, 2004).

Gegenwärtige Dynamiken einer neuen Familialität fordern von der Jugendhilfe, die normierenden und regulierenden neosozialen bzw. neoliberalen Artikulationsweisen (z.B. in Konzepten und Programmpapieren) verstärkt in den Blick zu nehmen, diese in ihrer gesellschaftlichen Wirkmächtigkeit zu erkennen und sie damit nicht »unbemerkt« zu legitimieren. Die aktuelle »paradoxe Anerkennung« (ebd.: 451), die die Jugendhilfe in ihren Praktiken und Arbeitsweisen derzeit erfährt, eröffnet aber zugleich auch vielfältige Möglichkeiten sozial- und familienpolitischer Einmischung und Selbstpositionierung mit Blick auf die Herstellung einer (sozialpädagogischen) Neuordnung des Familialen (vgl. ebd.; Karsten/Otto, 1987; Richter, 2004).

Für die Jugendhilfe stellen sich damit veränderte Herausforderungen und Handlungsanforderungen. Mit Blick darauf sollen im Folgenden drei zentrale Prämissen für eine notwendige Realisierung eines reflexiven sozialpädagogischen Handlungsverständnisses in der Arbeit mit Familien formuliert werden, die Perspektiven für eine moderne Jugendhilfe eröffnen:

Befähigungsgerechtigkeit verwirklichen:

Die Verwirklichung von Befähigungsgerechtigkeit ist mit der Grundannahme verbunden, dass es eine zentrale öffentliche Aufgabe ist, materielle Güter, institutionelle Voraussetzungen und pädagogische Konzepte bereitzustellen, die ein »gutes« Leben ermöglichen und Individuen in die Lage versetzen, sich für ein »gutes« Leben und Handeln entscheiden zu können (vgl. Nussbaum, 1999; Otto/Schrödter, 2009). Das »Gute« ist in dieser Perspektive keineswegs vorgegeben, sondern es geht darum, aus der Sicht der einzelnen zu fragen, was Wohlergehen und Glück für sie meint sowie um die Möglichkeits- und Freiheitsspielräume von Menschen, eine bestimmte Lebensführungsweise zu entwickeln und realisieren zu können (vgl. Otto/Ziegler, 2008). Zugleich ist lediglich die Bereitstellung eines Bündels an Gütern und Ressourcen nicht hinreichend, da Individuen über unterschiedliche Möglichkeiten verfügen, diese Mittel für die Verwirklichung ihrer Bedürfnisse zu nutzen. Eine befähigungsorientierte Perspektive der Jugendhilfe richtet demgegenüber ihren Blick auf die Bereitstellung von Gelegenheitsstrukturen und Ermöglichungsbedingungen, die das Ausbilden von Handlungsfähigkeit (agency) ihrer AdressatInnen stärkt, um damit einen wesentlichen Beitrag zu ihrer »gleichberechtigten« gesellschaftlichen Teilhabe zu leisten (vgl. ebd.; s. auch Schrödter 2007; Homfeldt/Schröer/Schwepe, 2008; Ziegler, 2008). Durch eine Orientierung der Jugendhilfe an der Idee der Befähigungsgerechtigkeit als Zielperspektive eröffnet sich eine neue, relationale Sichtweise professionellen Handelns auf materiell, kulturell und politisch-institutionell bedingte Möglichkeiten von gesellschaftlichen Handlungs- und Freiheitsspielräumen und auf die sich damit verbindenden akteursbezogenen, individuellen Verwirklichungschancen von Kindern, Jugendlichen und Familien (vgl. Otto/Ziegler, 2008).

Interdependenzen erkennen:

Eine als interdependent angelegte Problemanalyse eröffnet der Jugendhilfe eine professionelle Sichtweise auf soziale Ungleichheit und Marginalisierung durch die Orientierung an Kategorien wie Gender, Ethnizität, Sexualität sowie Klasse und lässt diese in ihrer Verwobenheit miteinander erkennbar werden. Gerade in jüngeren Debatten nicht nur in den Gender Studies wird mit Nachdruck auf das Potential verwiesen, durch die Thematisierung von Interdependenzen, Diversität und Heterogenität gesellschaftliche Dominanzverhältnisse zu reflektieren (vgl. Walgenbach et al., 2008; s. auch Groß/Winker, 2007). In familialen Lebensformen zeigen sich diese Dominanz- und Machtverhältnisse auf je besondere Weise und bedingen nicht selten eine materielle und symbolische Besser- bzw. Schlechterstellung von bestimmten Lebenskonzepten (wie bspw. in negativen Gesamtsituationen bei Einelfamilien), die eine Einschränkung von Handlungsoptionen für die Familienmitglieder bedeuten. Das Erkennen von Interdependenzen in der sozialpädagogischen Arbeit mit Familien beinhaltet die Chance, Formen multipler Benachteiligung in den Blick zu nehmen, Natürlichkeitsvorstellungen zu dekonstruieren und Möglichkeitsräume zu entwickeln. Es geht damit um eine Auffächerung der Bandbreite gelebter Konzepte mit Kindern und Jugendlichen sowie um ein Stabilisieren neuartiger Handlungsoptionen im Alltag von AdressatInnen, gegenüber einem einseitigen Protegieren traditioneller Familienformen. Durch eine »positive Fixierung auf den standardisierten Bezugsrahmen Familie verbleibt der Hinweis auf Vielfalt und Pluralität innerhalb des hegemonialen Ordnungsmusters« (Hartmann, 2002: 216).

(Selbst)Positionierung reflektieren:

Die Jugendhilfe wird zum einen durch die sie umgebenden Verhältnisse historisch, sozial und kulturell positioniert, zum anderen positioniert sie sich als Akteurin selbst. Positionierung hat hier einen passiven und einen aktiven Aspekt (vgl. hierzu Supik, 2005). Durch eine kritische Reflexion ihrer Selbstpositionierung schärft die Jugendhilfe als Akteurin ihre Zielsetzung in Hinblick auf eine sozial- und familienpolitische Einmischung und schützt sich vor einer Vernutzung ihrer hilfe-

und unterstützungsspezifischen Potentiale. Dieses Hinterfragen der eigenen Positionierung ist ein Ausweis für Professionalität. Gerade wenn die Fachkraft mit Formen familiärer Lebensführung konfrontiert ist, die die eigenen biographisch eingespielten Gewohnheiten irritieren, werden in einer kritischen Reflexion die in eigenen Kategorisierungen handlungswirksamen Normen sichtbar (vgl. etwa Harding, 1994). Professionelles Handeln als Familienhilfe erfordert aus dieser Perspektive z.B. eine Auseinandersetzung mit Fremdheit, Männlichkeit, Geschlechterstereotypen sowie der eigenen Zugehörigkeit zu einer anderen sozialen Schicht (vgl. hierzu auch Dietze et al., 2008). Erst durch eine Offenlegung der eigenen gesellschaftlich-biographischen Positionierung können entsprechende Normierungen zum Gegenstand der Aushandlung mit den AdressatInnen gemacht werden (vgl. Supik 2005; Eggers et al. 2005).

»Befähigungsgerechtigkeit verwirklichen«, »Interdependenzen erkennen« und »(Selbst)Positionierung reflektieren« markieren im Umgang mit familialen Veränderungsprozessen zentrale Prämissen für die Entwicklung eines neuen Verständnisses von Jugendhilfe vor dem Hintergrund einer Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Transformationen. Diese Prämissen eröffnen eine notwendige neue Sichtweise für professionelle Reflexivität in der Familienhilfe und liefern zugleich auch Begründungslogiken für die erforderliche Bereitstellung von Ressourcen für AdressatInnen sozialer Dienste. Die dringliche Thematisierung einer neuen Familialität durch die Jugendhilfe verweist auf Herausforderungen durch die Ambivalenzen gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklungen, die sich nicht bedingungslos auflösen lassen und von der Jugendhilfe eine kontinuierliche Selbstvergewisserung zur Stärkung ihrer Identität und ihrer sozialpolitischen Positionierung als Akteurin fordern.

VI. Zu den Beiträgen

Die hier skizzierten Fragestellungen, Thematiken und Perspektiven werden in dem vorliegenden Sonderheft in vier Abschnitten erneut aufgegriffen und in unterschiedlicher Schwerpunktsetzung verhandelt. Die Beiträge im ersten Abschnitt thematisieren die »Neue Familialität und ›post-wohlfahrtsstaatliche‹ Transformation« und stellen damit makrostrukturelle Veränderungen des Familialen in den Vordergrund. Auftakt bildet der Beitrag von Hans Bertram »Zur Zukunft der Familie«. Bertram geht von der Annahme aus, dass sich gegenwärtig ähnlich einschneidende Umbruchsprozesse familialer Lebensformen vollziehen, wie bereits beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. In der gegenwärtigen postfordistischen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft kommt es nicht lediglich zu einer Pluralisierung von Lebensformen, vielmehr wird die Diversität des Zusammenlebens in der Familie von den Akteuren bewusst (re)produziert. Entgegen gängiger Krisendiagnosen beschreibt Bertram Modernisierungsprozesse nicht als per se destruktiv, sondern er richtet den Blick auf darin liegende Möglichkeiten der Organisation des Alltags und des Zusammenlebens, sofern diese durch eine Kombination aus Zeit-, Geld- und Infrastrukturpolitiken staatlicherseits gestützt werden. Andreas Lange und Christian Alt gehen in ihrem Beitrag von Familie als einer Herstellungs- und Inszenierungsleistung der Akteure selbst aus, die in einer zunehmend entgrenzten Gesellschaft höchst voraussetzungsvoll ist. Ein in diesem Zusammenhang dringend notwendiger Diskurs zur Frage von familialer Lebensführung, in dem auch sozial- und familienpolitische Maßnahmen im Hinblick auf die Aufrechterhaltung und Erweiterung der Autonomie von familialen Lebensweisen thematisiert werden, wird gegenwärtig erschwert. Inwieweit hier gerade öffentliche Familienrhetoriken wirkmächtig sind, wird von den Autoren weiterführend analysiert. Margrit Brückner hinterfragt in ihrem Artikel, wie aktuell im Kontext des Sozialen das Sorgen um Familienmitglieder organisiert und arrangiert wird. Ausgehend von einem umfassenden Begriff von Sorge richtet sie ihren Blick auf aktuelle sozialpolitische Diskurse und soziale Praktiken, reflektiert die gesellschaftliche Verteilung von

Sorgetätigkeiten im Kontext gegenwärtiger Geschlechterregime und fragt nach den Konsequenzen für die Soziale Arbeit. Der Artikel von Ursula Apitzsch fokussiert die Frage nach den Erwartungen von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien der zweiten Generation an aktuelle soziale und kulturelle Transformationsprozesse. Diesen Kindern und Jugendlichen werden weder realistische Optionen auf eine (Re)Integration in ihrem Herkunftsland, noch eine verlässliche Perspektive auf einen beruflichen Ein- und Aufstieg in der Aufnahmegesellschaft eröffnet. Während im herrschenden Diskurs ihr Migrationshintergrund oftmals als Defizit interpretiert wird, fragt Apitzsch demgegenüber danach, welche Ressourcen ihnen auch gerade vor dem Hintergrund ihrer familialen Zusammenhänge für Aufstiegs- und Verwirklichungsprojekte zur Verfügung stehen. Karl-August Chassé richtet seine Überlegungen auf die jüngere Debatte um eine so genannte »neue Unterschicht« aus. Nach Chassé legitimiert diese Diskussion einerseits einen aktivierungspädagogischen Zugriff der Jugendhilfe auf Familien aus sozial benachteiligten Milieus, andererseits ist sie auch Ausdruck eines Bemühens um Distinktion einer ebenfalls prekärer werdenden Mittelschicht in Deutschland. In ihrem Beitrag diskutiert Jutta Hartmann die gegenwärtige Rede von einer Pluralisierung familialer Lebensformen und fragt nach der Wirkmächtigkeit von Formen gesellschaftlicher Normierung, die die »klassische«, bürgerliche Kleinfamilie nach wie vor als gültigen Normalentwurf akzentuieren. Mit Blick auf diese Normierung analysiert sie die Bedeutung Sozialer Arbeit sowie ihr macht- und normierungskritisches Potential.

Der zweite Abschnitt »Geteilte Zuständigkeiten: Familienalltag und öffentliche Erziehung« nimmt die Logiken gegenwärtiger (Re-)Familialisierungspolitiken in den Blick, reflektiert die sich herstellende Neuordnung von »privater« und »öffentlicher« Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsverantwortlichkeiten und richtet die Aufmerksamkeit auf kindliche und elterliche Perspektiven. Der Beitrag von Heinz Hengst zu Beginn dieses Abschnittes analysiert die gegenwärtigen Bedingungen kindlichen Aufwachsens und hebt in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Medialisierung kindlicher Lebenswelten ab, die den (Familien)Alltag (mit) strukturieren, denen jedoch hinsichtlich ihrer bildungstheoretischen und- politischen Relevanz bislang wenig Aufmerksamkeit beigemessen wird. Heinz Sünker und Rita Braches-Chyrek formulieren in ihren Überlegungen ein Verständnis von Bildung und Bildungspolitik als konstitutives Moment demokratischer Gesellschaften. Aktuell zeigt sich im Kontext eines expansiven Diskurses um Kindeswohl, dass Kinderrechte in einem gesellschaftlich umkämpften Feld wie das der Bildungs- und Familienpolitik zu erweitern sind, um damit Zugänge von Kindern zu Ressourcen und sozialen Netzwerken zu sichern. Der Frage des Aufwachsens und der Bildung von Kindern nähert sich Ludwig Liegle über die Perspektive der Eltern. Elterliche Erziehungspraktiken und Bildungsleistungen sind für das Aufwachsen von Kindern wesentlich, bestimmen sich zugleich über die den Eltern zur Verfügung stehenden Ressourcen. Liegle untersucht in seinem Beitrag die Voraussetzungen und Bedingungen von Beratungs- und Unterstützungsangeboten als Möglichkeit für Eltern, sich mit Erziehung und Bildung auseinanderzusetzen. Eltern als (neue) Adressaten von Bildungs- und Betreuungsarrangements werden auch in dem Beitrag von Vera Müncher und Sabine Andresen in den Blick genommen. Vor dem Hintergrund der Einführung von Familienzentren in Nordrhein-Westfalen werden einerseits die damit in Verbindung stehenden Konzepte und Programmatiken und andererseits die Bedürfnisse und Erwartungen von Eltern einer Analyse unterzogen. Aufmerksam gemacht wird in diesem Zusammenhang auf die Handlungsoptionen, aber auch auf die bisherigen Schwierigkeiten, die einer adressatenorientierten Realisierung im Wege stehen. Der Beitrag von Peter Büchner unterstreicht die Bedeutung der Familie als Bildungsort und damit als kollektiver wie individueller »bildungsbiographischer Möglichkeitsraum«, ohne dass Familie damit lediglich auf eine »Zuliefererfunktion« für bspw. Schulbildung reduziert werden könnte. Büchner formuliert einen umfassenden Begriff von Bil-

derung, der auch informelle und non-formale Momente umfasst und als Grundlage zukünftiger bildungspolitischer Programme zu bestimmen ist.

Der dritte Abschnitt zu »Elterliche Verantwortung und Kindeswohl in der Jugendhilfe« beleuchtet die aktuell kontrovers geführte öffentliche Debatte, in der es um Fragen danach geht, wer Kindeswohl sicherzustellen hat, welche Voraussetzungen es braucht, wie bei einer Gefährdung vorzugehen ist oder wem welche Verantwortung zukommt. In ihrem Beitrag deutet Maria Kurz-Adam die Kindeswohldebatte als Ausdruck einer erforderlichen Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Verhältnis von Hilfe und Kontrolle im Kontext der Jugendhilfe. Die öffentliche Jugendhilfe steht vor der Herausforderung, sich Familien (wieder) vermehrt anzunähern und damit Subjektbildung zum Ausgangspunkt sozialpädagogischen Handelns zu machen, in dem sowohl unterstützende als auch kontrollierende Momente in ihrer Verschränkung ihre spezifische Funktion haben. Nina Oelkers Beitrag analysiert die jüngere Debatte um Fälle von Kindstötung in Hinblick auf aktuelle sozialpolitische Programmatiken und die rechtliche Verankerung und Umsetzung von Kindeswohl. Es wird kritisch hinterfragt, wie damit Eltern stärker in die Verantwortung genommen werden, ohne dass sie zum Teil über die erforderlichen Ressourcen verfügen. Gregor Hensens und Reinhold Schones Beitrag geht in analytischer Perspektive auf die familialen Risiko- und Gefährdungslagen von Kindern ein und fragt nach den daraus resultierenden Herausforderungen für eine moderne Jugendhilfe. Aus Sicht sozialpädagogischer Institutionen ist dabei die Kategorie der Ungewissheit von wesentlicher Bedeutung, da eine Standardisierung von familialen Risiken nicht greift bzw. diese nicht prognostizierbar sind. Zugleich diskutieren die Autoren wie mittels eines Risikomanagements auf der Ebene der Organisation Verfahrensweisen geschaffen werden können, die kumulierende familiale Problemlagen erkennen helfen und damit adäquate sozialpädagogische Hilfen anbieten können. Sandra Fendrich und Jens Pothmann richten den Blick auf Gefährdungslagen für Kleinkinder und die Handlungsoptionen der Kinder- und Jugendhilfe unter Berücksichtigung statistischen Datenmaterials. Sie werfen einen empirisch informierten Blick auf die Häufigkeit schwerer Kindeswohlvernachlässigungen mit Todesfolge und die Entwicklung der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe für die unter Sechsjährigen.

Der vierte und letzte Abschnitt versammelt Beiträge, die sich der Frage nach dem »Professionellen Handeln in der Familienhilfe« widmen sowie ihrer Perspektiven. In ihrem Beitrag gibt Elisabeth Helming einen breiten Überblick über die aktuellen Konzeptentwicklungen auf dem Gebiet der sozialpädagogischen Hilfen für Familien. Verstärkt entwickelt werden demnach Ansätze, die sich auf Erziehende mit Kleinkindern resp. Säuglingen richten. Hier entsteht eine große Bandbreite von Angeboten, die jedoch teilweise unzureichend konzeptionell ausgearbeitet sind und kaum empirisch beforscht wurden. Nicole Knuth, Kim-Patrick Sabla und Uwe Uhlendorf stellen in ihrem Beitrag einen Ansatz einer sozialpädagogischen Diagnostik vor, der den erhöhten Abstimmungsleistungen von Familienmitgliedern Rechnung tragen und die Möglichkeit einer systematischen Reflektion familialen Zusammenlebens schaffen soll. Anhand eines Fallbeispiels werden die analytischen, aber auch die diagnostischen Potenzen dieses Ansatzes diskutiert, und es wird gezeigt, wie er für eine sozialpädagogische Praxis in Familienkontexten fruchtbar gemacht werden kann. In dem abschließenden Beitrag beschäftigen sich Christof Beckmann, Katja Maar, Hans-Uwe Otto, Andreas Schaarschuch und Mark Schrödter mit Prozessen des »Burnouts in der Sozialpädagogischen Familienhilfe«. Es wird gezeigt, wie Burnoutprozesse entstehen können und die AutorInnen richten den Blick auf die institutionellen Arbeitsbedingungen, die einer Ganzheitlichkeit der Aufgabenerfüllung entgegen laufen sowie die Ermessensspielräume der Fachkräfte einschränken. Burnoutprozesse entstehen zugleich auch aufgrund einer hohen Erwartungshaltung an die Wirksamkeit der SPFH seitens der MitarbeiterInnen, die die »Problematik des Scheiterns« des eigenen Handelns und Fragen nach den Möglichkeiten der Reflexion zur Diskussion aufwerfen.

Literatur

- Andresen, A., 2009: Strukturelle Gefährdungen der Familie im Blick auf Forschung zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In: Ecarius, J./Groppe, C./Malmede, H. (Hrsg.): Familie und öffentliche Erziehung. Wiesbaden, 203-220
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2008: Bildung in Deutschland 2008. Bielefeld
- Beck, U., 1983: Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. in: Kreckel, R., (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen: 35 –74
- Berger, A.P./Kahlert, H., 2006: Das »Problem« des demographischen Wandels. in: Berger, A.P./Kahlert, H. (Hrsg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt a.M./New York
- Bertram, H./Krüger, H./Spieß, C. K., 2006: Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht. Opladen
- Bertram, H. (Hrsg.), 2008: Mittelmaß für Kinder. Der UNICEF-Bericht zur Lage von Kindern in Deutschland. München
- Bittlingmayer, U./Bauer, U./Ziegler, H., 2005: Grundlinien einer politischen Soziologie der Ungleichheit und Herrschaft. In: Widersprüche, Heft 98, Nr. 4, 13-28
- Bock, K., 2009: Kinderalltag – Kinderwelten. Rekonstruktive Analysen von Gruppendiskussionen mit Kindern aus Sachsen. Opladen, Farmington Hills
- Böhnisch, L., 2005: Familie und Bildung. in: Tippelt, R. (Hrsg.): Handbuch Bildungsforschung. Wiesbaden
- Böllert, K./Oelkers, N., 2009: Frauenpolitik in Familienhand? Neue Verhältnisse in Konkurrenz, Autonomie oder Kooperation. Wiesbaden (i.V.)
- Böllert, K. (Hrsg.), 2008: Von der Delegation zur Kooperation. Bildung in Familie, Schule, Kinder- und Jugendhilfe. Wiesbaden
- Büchner, P./Brake, A., 2006: Bildungsort Familie. Wiesbaden
- Büchner, P., 2008: Der Zugang zu hochwertiger Bildung unter Bedingungen sozialer, kultureller und individueller Heterogenität. in: Thole, W./Roszbach, H.-G./Fölling-Albers, M./Tippelt, R. (Hrsg.): Bildung und Kindheit. Opladen, Farmington Hills, 183- 194
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), 1994: Fünfter Familienbericht. Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland. Zukunft des Humanvermögens. Berlin
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), 2005a: Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Berlin
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), 2005b: Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland: Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule. Berlin
- Chassé, K.-A./Zander, M./Rasch, K., 2005: Meine Familie ist arm. Wiesbaden
- Chassé, K.-A., 2008: Wandel der Lebenslagen und Kinderschutz. Die Verdüsterung der unteren Lebenslagen. In: Widersprüche, 28. Jg., Heft 109, 71 – 83.
- Crompton, R., 2005: Class and the Family, GeNet Working Paper No. 9. London Quelle: [http://www.genet.ac.uk/workpapers/GeNet2005p9.pdf]
- Dackweiler, R.-M., 2006: Reproduktives Handeln im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterregime. In: Berger, A.P./Kahlert, H. (Hrsg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt a.M./New York:
- Dahme, H.-J./Wohlfahrt, N. (Hrsg.), 2005: Aktivierende soziale Arbeit. Theorie-Handlungsfelder – Praxis. Baltmannsweiler
- Donzelot, J., 1979: Die Ordnung der Familie. Frankfurt a. M.
- Ebers, N., 1995: Individualisierung. Georg Simmel – Norbert Elias – Ulrich Beck. Würzburg
- Ecarius, J., 2007: Handbuch Familie. Wiesbaden
- Ecarius, J./Groppe, C./Malmede, H., 2009: Familie und öffentliche Erziehung. Einleitung. In: Ecarius, J./Groppe, C./Malmede, H. (Hrsg.): Familie und öffentliche Erziehung. Wiesbaden, 7-9.
- Ecarius, J./Wahl, K., 2009: Bildungsbedeutsamkeit von Familie und Schule. Familienhabitus, Bildungsstandards und soziale Reproduktion – Überlegungen im Anschluss an Pierre Bourdieu. In: Ecarius, J./Groppe, C./Malmede, H. (Hrsg.): Familie und öffentliche Erziehung. Wiesbaden, 13 – 33.
- Eggers, M. M./Kilomba, G./Piesche, P./Arndt, S., (Hrsg.) 2005: Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland. Münster
- Fraser, N., 2000: Rethinking Recognition. In: New Left Review 2, 3, 107-120
- Gilbert, N., 1999: Transformation of the welfare state. Oxford
- Groß, M./Winker, G., (Hrsg.) 2007: Queer – Feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse. Münster
- Harding, S., 1994: Das Geschlecht des Wissens. Frauen denken die Wissenschaft neu. Frankfurt/M.
- Hartmann, J., 2002: vielfältige Lebensweisen. Dynamisierungen in der Triade Geschlecht – Sexualität – Lebensform. Kritisch-dekonstruktive Perspektiven für die Pädagogik. Opladen
- Hartmann, J./Klesse, C./Wagenknecht, P./Fritzsche, B./Hackmann, K., 2007 (Hrsg.): Heteronormativität. Empirische Studien zu Geschlecht, Sexualität und Macht. Wiesbaden
- Hausen, K., 1977: Historische Familienforschung. in: Rürup, R. (Hrsg.): Historische Sozialwissenschaft. Beiträge zur Einführung in die Forschungspraxis. Göttingen

Richter u. a., Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe

- Heidbrink, L., 2003: Kritik der Verantwortung. Weilerswist
- Heite, C./Klein, A./Landhäußer, S./Ziegler, H., 2007: Das Elend der Sozialen Arbeit – Die »neue Unterschicht« und die Schwächung des Sozialen. In: Kessl, F./Reutlinger, Ch./Ziegler, H. (Hrsg.): *Erziehung zur Armut?* Wiesbaden, 55-79
- Heite, C., 2009: Zur Vergeschlechtlichung Sozialer Arbeit im post-wohlfahrtsstaatlichen Kontext – Kontinuitäten, Aktualisierungen und Transformationen. In: Kessl, F./Otto, H.-U. (Hrsg.): *Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven*, Weinheim, München, 101 – 119
- Hirsch, J., 2001: Postfordismus: Dimensionen einer neuen kapitalistischen Formation. in: Hirsch, J./Jessop, B. (Hrsg.): *Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung*. Hamburg
- Hirsch, J., 2005: *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg
- Holz, G., 2006: Chancen und Lebenslagen von Kindern in Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 26, 7-10.
- Homfeldt, H.-G./Schröer, W./Schweppe, C., 2008: *Vom Adressaten zum Akteur. Soziale Arbeit und Agency*. Opladen, Farmington Hills
- Jurczyk, K./Oechsle, M., 2008: *Das Private neu denken. Erosionen, Ambivalenzen, Leistungen*. Münster
- Karsten, M.-E./Otto, H.-U. (1987): *Die sozialpädagogische Ordnung der Familie*. Weinheim, München
- Kessl, F./Otto, H.-U./Ziegler, H., 2002: Einschließen oder aufmachen? Der Raum, sein Kapital und deren Nutzer, in: Riege, M./Schubert, H. (Hrsg.): *Sozialraumanalyse. Grundlagen-Methoden-Praxis*. Wiesbaden
- Kessl, F./Otto, H.-U., 2004: *Soziale Arbeit*, in: Krüger, H.-H./Grunert, C. (Hrsg.): *Wörterbuch Erziehungswissenschaft*. Wiesbaden, 446-452
- Kessl, F., 2006: *Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernementalität Sozialer Arbeit*. Weinheim, München
- Kessl, F./Maurer, S., 2005: *Soziale Arbeit*, in: Kessl, F./Reutlinger, C./Maurer, S./Frey, O. (Hrsg.): *Handbuch Sozialraum*. Wiesbaden, 111-128
- Kessl, F./Reutlinger, Ch./Ziegler, H. (Hrsg.), 2006: *Erziehung zur Armut?* Wiesbaden
- Kessl, F./Otto, H.-U., 2009: *Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat?* In: Kessl, F./Otto, H.-U. (Hrsg.): *Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven*. Weinheim, München, 7-21
- Klein, A./Landhäußer, S./Ziegler, H., 2005: *The Salient Injuries of Class: Zur Kritik der Kulturalisierung struktureller Ungleichheit*. In: *Widersprüche*, 25. Jg., 98, S. 45-74
- Lange, A./Lettke, F., 2007: *Familie und Generation*. Frankfurt/Main
- Lareau, A., 2003: *Unequal Childhoods. Class, Race, and Family Life*. Berkely, Los Angeles, London
- Leisering, L., 1997: *Individualisierung und »sekundäre Institutionen« – der Sozialstaat als Voraussetzung des modernen Individuums*. in: Beck, U./Sopp, P. (Hrsg.): *Individualisierung und Integration*. Opladen: 143-159
- Lemke, T./Krasmann, S./Bröckling, U., 2000: *Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien*. in: Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, T. (Hrsg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt a. M., 7-40
- Lessenich, S., 2003: *Soziale Subjektivität. Die neue Regierung der Gesellschaft*. In: *Mittelweg* 36, Heft 4, 80-93
- Maurer, S., 2006: *Soziale Bewegungen als Kämpfe um Soziale Teilhabe oder: Die Rhythmisierung des gesellschaftlichen Raums*. In: Böllert, K./Hansbauer, P./Hasenjürgen, B./Langenohl, S. (Hrsg.): *Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren*. Wiesbaden, 197-207
- Mierendorff, J./Olk, T., 2008: *Kinder- und Jugendhilfe*, in: Ecarius, J. (Hrsg.) *Handbuch Familie*. Wiesbaden, 542-567
- Neckel, S., 2008: *Die Macht der Stigmatisierung: Status und Scham*, in: *Die Armutskonferenz (Hrsg.): Schande Armut. Stigmatisierung und Beschämung*. Tagungsdokumentation. St. Virgil (Salzburg), 22-25
- Nowak, I., 2002: *Feminismus für die Elite – Familie fürs Volk*. In: *Das Argument*, 44. Jg., Heft 4, 459-472
- Nussbaum, M. 1999: *Gerechtigkeit oder das gute Leben*. Frankfurt a.M.
- Oelkers, N., 2009: *Die Umverteilung von Verantwortung zwischen Staat und Eltern – Konturen post-wohlfahrtsstaatlicher Transformation eines sozialpädagogischen Feldes*. in: Kessl, F./Otto, H.-U. (Hrsg.): *Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven*, Weinheim, München, 71 – 86
- O’Neill, O., 1995: *Justice, capabilities and vulnerabilities*, in: Nussbaum, M./Glover, J. (Hrsg.): *Women, culture and development: A study of human capabilities*. Oxford, 140-152.
- Opitz, C., 2005: *Um-Ordnungen der Geschlechter. Einführung in die Geschlechtergeschichte*. Tübingen
- Otto, H.-U./Ziegler, H., 2008: *Der Capabilities-Ansatz als neue Orientierung in der Erziehungswissenschaft*. In: Otto, H.-U./Ziegler, H. (Hrsg.): *Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft*. Wiesbaden, 9-13
- Otto, H.-U./Schrödter, M., 2009: *Befähigungs- und Verwirklichungsgerechtigkeit im Post-Wohlfahrtsstaat*, in: Kessl, F./Otto, H.-U. (Hrsg.): *Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven*, Weinheim, München, 173 – 190
- Peuckert, R., 2005: *Familienformen im Wandel*. Wiesbaden
- Pühl, K., 2003: *Geschlechterpolitik im Neoliberalismus*. In: *Widerspruch*, 23. Jg., 44, 61-83
- Richter, M., 2004: *Zur (Neu)Ordnung des Familialen*. In: *Widersprüche*, 24. Jg., Heft 92, 7-16

- Richter, M., 2008: Bildung und Familien. In: Böllert, K. (Hrsg.): Von der Delegation zur Kooperation. Bildung in Familie, Schule und Kinder- und Jugendhilfe. Wiesbaden, 33-46
- Rosenbaum, H./Timm, E., 2008: Private Netzwerke im Wohlfahrtsstaat. Familie, Verwandtschaft und soziale Sicherheit im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Konstanz
- Sauer, B., 2008: Formwandel politischer Institutionen im Kontext neoliberaler Globalisierung und die Relevanz der Kategorie Geschlecht. In: Casale, R./Rendtorff, B. (Hrsg.): Was kommt nach der Genderforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung. Bielefeld: 237-254
- Schrödter, M., 2007: Soziale Arbeit als Gerechtigkeitsprofession. Zur Gewährleistung von Verwirklichungschancen. In: Neue Praxis, Nr. 1, 3-28
- Schütze, F., 2000: Schwierigkeiten bei der Arbeit und Paradoxien des professionellen Handelns. Ein grundlagentheoretischer Aufriss. In: Zeitschrift für qualitative Bildungs-, Beratungs- und Sozialforschung, 1, (1), 49-96
- Seelmeyer, U., 2008: Das Ende der Normalisierung. Soziale Arbeit zwischen Normativität und Normalität. Weinheim, München
- Smessaert, A./Münder, J., 2008: Von der Kinder- und Jugendhilfe zur Kinder-Fürsorge und Kinder – Betreuung? In: Widersprüche, 28. Jg., Heft 109, 25 -37
- Stern, M., 1998: The End of Progressivism: Paradigmatic Shifts and Social Welfare. Towards more Democracy in Social Services. In: Otto, H.-U./Flösser, G. (Hrsg.): Towards more Democracy in Social Services. Berlin, 19-42.
- Supik, L., 2005: Dezentrierte Positionierung. Stuart Halls Konzept der Identitätspolitik. Bielefeld
- Ullrich, C.G., 2005: Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt a. M., New York
- Walgenbach, K./Dietze, G./Hornscheidt, A./Palm, K. (Hrsg.), 2008: Gender als interdependente Kategorie. Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität. Opladen, Farmington Hills
- Winkler, M., 2002: Familie – zur Geschichte und Realität eines flexiblen Systems. In: Sozialwissenschaftliche Literaturreisenschau, Heft 2, 45. Jg. S. 29-40
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen, 2005: Familiäre Erziehungskompetenz. Weinheim, München
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen, 2006: Ganztagschule. Eine Chance für Familien. Wiesbaden
- Ziegler, H., 2008: Soziales Kapital und agency. In: Homfeldt, H.-G./Schröer, W./Schweppe, C., (Hrsg.): Vom Adressaten zum Akteur. Soziale Arbeit und Agency. Opladen, Farmington Hills, 83-106

*Verf.: Dr. Christof Beckmann, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Uwe Otto, Dipl.-Päd. Martina Richter, Dr. Mark Schrödter, Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaft, Bielefeld Center for Education and Capability Research, Postfach 10 01 31, 33501 Bielefeld
E-Mail: christof.beckmann@uni-bielefeld.de, hansuwe.otto@uni-bielefeld.de, martina.richter1@uni-bielefeld.de, mark.schroedter@uni-bielefeld.de*